

BUN

31251

Bundesgesetz betreffend Versuche an
lebenden Tieren (Tierversuchsgesetz 1988);
Aussendung zur Begutachtung

Himmelpfortgasse 4 - 8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telefon 51 433 / DW

1311

Sachbearbeiter:

Koär.Dr. Matzinger

Dem
Präsidium des Nationalrates
Parlament

1010 W i e n

Betrifft **GESETZENTWURF**
Zl. 51. GZ 988
Datum: **14. JULI 1988**
Verteilt 14.7.1988 Rösner

R. W. Allen

Das BMF beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend Versuche an lebenden Tieren (Tierversuchsgesetz 1988), zu übermitteln.

25 Beilagen

7. Juli 1988

Für den Bundesminister:

Dr. Schlusche

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

W. C. Rich
usfert

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 23 1093/4-II/5/88

Bundesgesetz betreffend Versuche
an lebenden Tieren (Tierversuchsgesetz 1988);
Aussendung zur Begutachtung
z.Zl. 5436/23-7/88 vom 31. Mai 1988

Himmelpfortgasse 4 - 8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telefon 51 433 / DW

1311

Sachbearbeiter:

Koär.Dr. Matzinger

An das
Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 5
1014 W i e n

Das BMF beehrt sich, zum übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend Versuche an lebenden Tieren (Tierversuchsgesetz 1988), zu bemerken:

1. Die Ausführungen betreffend die Kosten des Gesetzesvorhabens im Vorblatt zum gegenständlichen Entwurf weichen von jenen im allgemeinen Teil der Erläuterungen, insbesondere hinsichtlich der zusätzlichen Planstellen, ab.

Am Vorblatt (Seite 2) wird ausgeführt, daß im Sinne der Entschliebung des Nationalrates vom 15. Mai 1987, E 13-NR/XVII. GP., grundsätzlich keine zusätzlichen finanziellen Mehraufwendungen oder Anforderungen an den Dienstpostenplan des Bundes erforderlich sein werden. Es wird jedoch fortgesetzt, daß zusätzliche finanzielle Mittel in einem noch nicht näher zu beziffernden Ausmaß erforderlich sein werden. Damit läuft der Entwurf jedoch der o.a. Entschliebung zuwider.

Auf Seite 14 ist davon die Rede, daß die strengeren Bestimmungen "ein aufwendigeres Verfahren, ein höheres Maß an Begutachtung etc. erfordern, weshalb möglicherweise in einem allerdings sehr bescheidenen Umfang zusätzliche Planstellen erforderlich werden könnten". Hiezu ist folgendes anzumerken:

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, jede zweite freiwerdende Planstelle einzusparen. Etwaige personelle Mehrerfordernisse müssen daher unbedingt durch Umschichtungen innerhalb der Planstellenbereiche des

-2-

BM/WF abgedeckt werden.

2. Abgesehen davon darf bemerkt werden, daß gerade die hier zu regelnde Materie (insbesondere "Pharmabereich") bei einiger Anstrengung sicherlich wenigstens Kostenneutralität eines Gesetzesentwurfes ermöglichen dürfte.

In diesem Sinne wird vorgeschlagen, zumindest die im Entwurf vorgesehenen Genehmigungsverfahren (behandelt in den §§ 5 bis 8 und 11) in angemessener Weise kostenpflichtig zu gestalten bzw. auch im Bereich der Überwachungs- und Kontrolltätigkeit (Sachverständige, § 13) neue Wege zu beschreiten und eine Kostentragung durch den Verursacher vorzusehen.

Ein derartiges Instrument der Nachfragelenkung könnte den dringlichen Bedarf vom weniger dringlichen Bedarf trennen bzw. lediglich einen gewünschten Bedarf befriedigen, was durchaus im Sinne der im Punkt B des Vorblattes zum ggstdl. Entwurf getroffenen Aussagen liegen dürfte.

Zusammenfassend darf ersucht werden, die bestehenden Widersprüche des Entwurfes in zumindest kostenneutraler Weise zu beseitigen.

Dem Präsidium des Nationalrates wurden u.e. 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme übermittelt.

7. Juli 1988

Für den Bundesminister:

Dr. Schlusche

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

